

## Die Brigade Litauen wird zum Ladenhüter

---

15 Feb. 2026 19:45 Uhr

Für die Bundeswehrbrigade in Litauen melden sich zu wenig Freiwillige. Besonders die Mannschaftsdienstgrade verweigern die Stationierung im Baltikum. Die Bundeswehr setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und versucht es mit weiteren Lockmitteln – vorerst.



© Urheberrechtlich geschützt

Zu wenig Freiwillige fürs Baltikum. Die Panzerbrigade Litauen bei einer Übung.

*Von Astrid Sigena*

Die Nachrichten der vergangenen Monate klangen so positiv: Erst die Indienststellung der Brigade Litauen im April 2025, dann der feierliche Aufstellungsappell in der litauischen Hauptstadt Vilnius, schließlich die Unterstellung zweier Kampftruppenbataillone Ende Januar 2026. Der Chef des Heeres, Generalleutnant Freuding, sowie der Kommandeur der Brigade Litauen, Brigadegeneral Christoph Huber, ließen keine Gelegenheit verstreichen, vor den Kameras zu verkünden, dass der Aufbau der Panzerbrigade 45 "nach Plan" verlaufe.

Und nun das: Einer Meldung des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* zufolge [melden sich](#) viel zu wenige Freiwillige für den Dienst im Baltikum. Verteidigungsminister Pistorius hatte 2023, als er die Pläne für die Aufstellung der Brigade bekanntgab, versprochen, dass die Stationierung von Bundeswehrangehörigen an den künftigen Standorten in Rukla und Rūdninkai ausschließlich auf Freiwilligkeit beruhen würde – wohl in der Hoffnung, dass sich aufgrund besonderer Vergünstigungen schon genügend Freiwillige finden würden. Weit gefehlt!

Die Verweigerungshaltung betrifft gerade die beiden Kampfbataillone, das Panzergrenadierbataillon 122 aus dem bayerischen Oberviechtach und das Panzerbataillon 203 aus dem nordrhein-westfälischen Augustdorf. Das sind die Bataillone, die in Litauen nach dem Willen von Bundesregierung und Bundeswehrführung die NATO-Ostflanke gegen Russland verteidigen sollen. Ihre Verlegung nach Litauen soll bis zum Jahr 2027 erfolgen. Ein internes Papier der Bundeswehr vermeldet nun, dass die Anzahl der freiwilligen Meldungen nicht ausreichend für den Aufbau der Brigade sei. Für das Panzerbataillon 203 sind 414 Dienstposten vorgesehen – gemeldet haben sich nur 197 Soldaten.

Noch schlechter sieht es beim Panzergrenadierbataillon 122 aus: Für 640 Dienstposten gingen nur 181 Bewerbungen ein. Bei den Spezialeinheiten der Brigade Litauen – den sogenannten "neuen Hauptkräften", also Artillerie-, Aufklärungs- und Pioniereinheiten sowie Unterstützungstrupps – verläuft die Anwerbung sogar noch mauer. Demnach hätten sich bisher nur 209 Soldaten für die 1.971 Stellen in diesen Bereichen gemeldet. Das sind knapp elf Prozent, die sich für den Dienst an der NATO-Ostgrenze begeistern können.

Vor allem die Mannschaftsdienstgrade verweigern die Stationierung im Baltikum, während in den Offiziersrängen und höheren Dienstgraden genügend Bewerbungen eingegangen sein sollen. Das ist leicht zu erklären: Wer als Offizier in der Bundeswehr avancieren will, muss Auslandseinsätze vorweisen. Auch von einer höheren Ideologisierung des Offizierscorps ist auszugehen: Dort dürfte man dem Narrativ vom ewigen Feind Russland, der "unsere Werte" und "unsere Demokratie" bedrohe, weitaus mehr Glauben schenken als in den unteren Rängen.

In Litauen wird das Problem durchaus ernst genommen: Der litauische Präsident Gitanas Nausėda hat das Thema bereits mit Bundeskanzler Merz [besprochen](#), der ihm versicherte, dass Deutschland unverändert zu seinen Verpflichtungen stehe. Auch ein Gespräch mit Verteidigungsminister Pistorius auf der Münchner Sicherheitskonferenz ist geplant. Das Bundesministerium für Verteidigung wiegelt derweil ab: Der Aufbau der Brigade sei "im Plan", es handele sich bei den Zahlen nur um einen Zwischenstand vom Ende des vergangenen Jahres, also 2025. Außerdem würden Maßnahmen anlaufen, um das Ausmaß an Bewerbungen zu steigern.

Zusätzlich zu den bereits laufenden Angeboten wie finanziell attraktiven Zulagen, Hilfe bei der Jobsuche für die Ehepartner der Soldaten sowie deutschem Schulunterricht für den Nachwuchs will das Verteidigungsministerium weitere sogenannte "Mitigationsmaßnahmen" entwickeln und den Druck auf die bisher Unwilligen verstärken. Soldaten, die die Bundeswehr für den Dienst in Litauen für geeignet hält, will sie gezielt ansprechen und 43.000 Informationsbriefe an potenzielle Bewerber verschicken. Denen bietet die Bundeswehr auch an, die sogenannte "Mindeststehzeit" im Baltikum von zwei Jahren auf ein Jahr zu verringern. Die Soldaten würden sich dann nur noch für ein Jahr an die Ostflanke verpflichten. Auf Tagesausflügen nach Litauen sollen sich Interessenten vor Ort ein Bild machen können.

Gerade der letzte Punkt reizte die BSW-Außenpolitikerin Sevim Dağdelen zum Spott. Auf der Plattform X [spöttelte sie](#) über die "Kaffeefahrten nach Litauen":

*"Kaum Freiwillige für Einsatz an der russischen Grenze in Litauen: Die Bundeswehr will jetzt mit Kaffeefahrten zu den Kasernen im Baltikum deutschen Soldaten den Auslandseinsatz schmackhaft machen. Vielleicht gibt's ja noch eine Heizdecke obendrauf, bisweilen war warme Unterwäsche in der Truppe ja Mangelware. Am kostengünstigsten aber ist der Rückzug! Es ist ein gutes Zeichen, dass nur wenige Lust haben auf diesen Einsatz, der mit Landesverteidigung rein gar nichts zu tun hat."*

Über die Motive der Bundeswehrsoldaten, trotz aller materiellen Vorteile das Angebot eines Litauen-Aufenthalts auszuschlagen, kann man nur spekulieren. Wahrscheinlich sind sie sich als militärische Profis durchaus der Gefahren bewusst, die im Ernstfall dort auf sie warten. Zumal eine solche Stationierung die Sicherheit Deutschlands nicht steigert, sondern vielmehr verringert. Mit dem einst beim Gelöbnis gegebenen Versprechen, "der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen" und "die Rechte und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen", dürften viele deutsche Soldaten die militärische Unterstützung der russophoben baltischen Eliten nicht in Verbindung bringen.

Historisch Gebildeten unter ihnen wird auch noch in Erinnerung sein, welche verhängnisvolle Auswirkungen deutsche "Blankoschecks" und deutsche "Nibelungentreue" gegenüber dem damaligen Verbündeten Österreich-Ungarn im Vorfeld des Ersten Weltkriegs gehabt haben. Viele sehen sich wahrscheinlich auch nicht in der Pflicht, 85 Jahre nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges und der deutschen Besetzung des Baltikums eine seltsame Form von [Vergangenheitsbewältigung](#) zu betreiben und als Gegenleistung für ihre Wächterfunktion die Absolution der Litauer für die damaligen Gräueltaten zu erhalten.

Zumal immer deutlicher wird, dass die Soldaten der Brigade Litauen sowie ihre mit ins Baltikum ziehenden Familien als Geiseln dienen sollen. In Litauen betrachtet man die Anwesenheit der Deutschen und ihrer Angehörigen offenbar als eine Art Lebensversicherung; litauische Medien gehen recht [offenherzig](#) mit den Standortdaten deutscher Schulen und Kindergärten vor Ort um. Natürlich ist gerade Bundeswehrangehörigen die Gefahr von False-Flag-Aktionen bewusst.

Gelegentlich signalisiert die deutsche Elite sogar recht offen, dass es nicht die eigentliche Bestimmung der Brigade Litauen ist, das Baltikum erfolgreich gegen einen postulierten russischen Angriff zu verteidigen. Ihr Überleben ist womöglich gar nicht erwünscht. Vielmehr könnte ihr Tod dazu dienen, die Deutschen erst recht gegen Russland aufzustacheln. In diesem Sinne ließ sich neulich der bekannte Politikwissenschaftler Herfried Münkler [vernehmen](#): "Dazu gehört auch, eine Brigade in Litauen zu stationieren, um dort gewissermaßen, man möchte fast meinen, deutsche Geiseln zu haben, die den Russen signalisieren: Wenn ihr die angreift und die sterben, dann gibt es eine Restverpflichtung für die Deutschen, weiterzumachen." Kein Wunder, dass sich nur wenig Freiwillige für solch ein Himmelfahrtskommando in der Bundeswehr finden!

Schlechte Aussichten für diejenigen in der Bundespolitik, die Deutschland militärisch als die wiedererstarkte Führungsmacht Europas sehen wollen; sei es in Regierungsverantwortung wie Bundeskanzler Friedrich Merz, der die Bundeswehr zur "stärksten konventionellen Armee in Europa" [aufbauen](#) will, sei es in der Opposition, wo so mancher Deutschland schon zur europäischen Führungsnation [ernannt](#) hat. Möglicherweise voreilig, wie man jetzt sieht. Die Bundeswehrführung hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Und der Wirt, in Verkörperung des einfachen Soldaten, sagt "Nein".

Deshalb stellt sich die Frage, wie lange sich das Prinzip der Freiwilligkeit in Bezug auf die Brigade Litauen noch aufrechterhalten lässt. Die Brigade Litauen ist das Prestigeprojekt der Bundeswehr, an dessen Erfolg auch der deutsche militärische Führungsanspruch in Europa hängt. Der geopolitische Analyst Nico Lange [forderte](#) bereits auf X: "Zu wenig Freiwillige für die Bundeswehr-Brigade Litauen? Die Lage ist ernst genug, dass wir auch Dinge machen müssen, die nicht freiwillig sind."

Auch die Planer in der Bundeswehrführung sollen bereits über die Aufgabe des Freiwilligkeitsprinzips diskutieren. Aus der Politik sind entsprechende Forderungen noch nicht zu vernehmen. Aber das könnte sich ändern. Denn auf die Verwirklichung des deutschen Führungsanspruchs wird man nicht verzichten

wollen. Nicht umsonst hat Litauen Merzens Schutzversprechen am Rathaus von Vilnius in Erz gegossen  
verewigt.

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht  
die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln*